

Das Recht auf rechtliches Gehör wird verletzt bei Abweichung von einem rechtlichen Hinweis des Gerichts im anschließenden Urteil ohne vorherige Anhörung der Verfahrensbeteiligten (Überraschungsentscheidung)

Art. 103 Abs. 1 GG, § 139 Abs. 2 ZPO

Beschluss des BGH vom 29.04.2014 – VI ZR 530/12 –
Aufhebung und Zurückverweisung des Urteils des OLG Celle vom 28.11.2012 – 14 U 98/12 –

Der Kläger nimmt die Beklagten aus einem angeblichen Verkehrsunfall auf die Zahlung von Schadensersatz und Schmerzensgeld in Anspruch.

Das **Landgericht hatte die Klage abgewiesen** mit der Begründung, es liege ein **manipulierter Unfall** vor. Das **Oberlandesgericht hat die Beklagten als Gesamtschuldner verurteilt** an den Kläger ca. 22.000,00 € zu zahlen und die weitergehende Berufung zurückgewiesen.

Der Bundesgerichtshof hat das Urteil des OLG Celle aufgehoben und den Rechtsstreit an das Berufungsgericht zurückverwiesen, weil das Recht der Beklagten auf rechtliches Gehör verletzt sei.

Das Urteil des OLG Celle stelle eine **Überraschungsentscheidung** dar, da das OLG mit Verfügung vom 10. Oktober 2012 darauf hingewiesen habe, dass die Berufung des Klägers unbegründet sein dürfte, weil unter anderem typische Indizien für ein manipuliertes Unfallgeschehen sprächen. Diese Hinweise wiederholte der Senat in der mündlichen Verhandlung. **In dem auf die mündliche Verhandlung folgenden Urteil änderte das Gericht seine Rechtsauffassung und gab der Klage im Wesentlichen statt, ohne den Beklagten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben zu haben.**

Durch diese Verfahrensweise werde das Recht der Beklagten auf rechtliches Gehör aus Art. **103 Abs. 1 GG** verletzt. Erteile ein Gericht einen rechtlichen Hinweis in einer entscheidungserheblichen Frage, so dürfe das Gericht diese Frage im Urteil nicht abweichend von seiner geäußerten Rechtsansicht beantworten, ohne die Verfahrensbeteiligten auf die Änderung hinzuweisen und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Hinweis: Vgl. zur Überraschungsentscheidung das Urteil des BSG vom 03.04.2014 – B 2 U 308/13 B – [UVR 12/2014, S. 791](#) und zur Verletzung des Rechts auf rechtliches Gehör das Urteil des BSG vom 26.06.2014 – B 2 U 75/14 B – [UVR 12/2014, S. 787](#).

Der **Bundesgerichtshof** hat mit **Beschluss vom 29.04.2014 – VI ZR 530/12 –** wie folgt entschieden:

Gründe

I.

1

Der Kläger nimmt die Beklagten aus einem angeblichen Verkehrsunfall auf Ersatz materiellen und immateriellen Schadens in Anspruch.

2

Nach der Behauptung des Klägers fuhr er am 15. Januar 2011 mit seinem PKW BMW gegen 23.20 Uhr in Langenhagen auf der linken Fahrspur der Flughafenstraße. Der Beklagte zu 1 sei mit seinem 1993 zugelassenen PKW Golf, der bei der Beklagten zu 2 haftpflichtversichert ist, versetzt hinter ihm auf der rechten Fahrspur gefahren. Er sei schneller als der Kläger gewesen und habe sein Fahrzeug plötzlich nach links auf den linken Fahrstreifen gelenkt. Dabei habe er den PKW des Klägers übersehen und gestreift. Die Parteien zogen die Polizei hinzu, die den Unfall aufnahm. Der Beklagte zu 1 räumte seinen Verkehrsverstoß hierbei ein. Ein vom Kläger beauftragter Sachverständiger kam zu dem Ergebnis, dass dem Kläger infolge des Unfalls Reparaturkosten in Höhe von 25.936,59 € entstanden seien. Der Wiederbeschaffungswert für das Fahrzeug belaufe sich auf 30.000 €, der Restwert auf 12.000 €. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, da es sich um einen manipulierten Unfall handle. Auf die Berufung des Klägers hat das Oberlandesgericht das landgerichtliche Urteil aufgehoben und die Beklagten als Gesamtschuldner verurteilt, an den Kläger 20.073,82 € nebst Zinsen und vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten in Höhe von 1.023,16 € zu zahlen. Die weitergehende Berufung und Klage hat es abgewiesen. Die Revision hat es nicht zugelassen. Hiergegen wendet sich die Beklagte zu 2 - zugleich als Streithelferin des Beklagten zu 1 - mit der Nichtzulassungsbeschwerde.

II.

3

Die Nichtzulassungsbeschwerde hat Erfolg und führt gemäß § 544 Abs. 7 ZPO zur Aufhebung des angegriffenen Beschlusses und zur Zurückverweisung des Rechtsstreits an das Berufungsgericht. Das Berufungsgericht hat den Anspruch der Beklagten auf Gewährung rechtlichen Gehörs in entscheidungserheblicher Weise verletzt.

4

a) Die Nichtzulassungsbeschwerde rügt mit Erfolg, dass es sich bei dem angefochtenen Urteil um eine unzulässige Überraschungsentscheidung handelt. Das Berufungsgericht hatte mit Verfügung vom 19. Oktober 2012 darauf hingewiesen, dass die Berufung des Klägers unbegründet sein dürfte. Das Landgericht sei zutreffend zu dem Ergebnis gelangt, dass im vorliegenden Fall zahlreiche typische Indizien vorlägen, die für das Vorliegen eines manipulierten Unfalls sprächen. Die Häufung derartiger manipulationstypischer Umstände lasse keinen Zweifel daran aufkommen, dass es sich um einen gestellten Unfall gehandelt haben dürfte. Hinzu komme, dass nach den Ausführungen des Sachverständigen M. zumindest die beiden Beulen an der Beifahrertür bereits vor dem Unfall vorhanden gewesen seien. Nach gefestigter Senatsrechtsprechung könne einem Geschädigten, der das Vorhandensein von Vorschäden bestreite, wenn nach den Feststellungen des Sachverständigen keineswegs alle geltend gemachten Unfallschäden auf das Unfallereignis, aus dem die Ansprüche hergeleitet werden, zurückgeführt werden könnten, auch nicht Ersatz für diejenigen Schäden zugesprochen werden, die nach dem Gutachten Folge des Unfallereignisses sein könnten. Diese Hinweise hat das Berufungsgericht in der mündlichen Verhandlung vom 13. November 2012 wiederholt. In dem auf diese mündliche Ver-

handlung ergangenen Urteil hat das Berufungsgericht ohne Hinweis auf die zwischenzeitlich erfolgte Änderung seiner Rechtsauffassung und ohne den Beklagten Gelegenheit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen, das landgerichtliche Urteil auf die Berufung des Klägers aufgehoben und der Klage im Wesentlichen stattgegeben.

5

Durch diese Verfahrensweise hat das Berufungsgericht das Recht der Beklagten auf Gewähr rechtlichen Gehörs aus Art. 103 Abs. 1 GG verletzt. Art. 103 Abs. 1 GG räumt dem Einzelnen das Recht ein, vor einer Entscheidung, die seine Rechte betrifft, zu Wort zu kommen, um Einfluss auf das Verfahren und sein Ergebnis nehmen zu können. Zwar muss ein Verfahrensbeteiligter grundsätzlich alle vertretbaren rechtlichen Gesichtspunkte von sich aus in Betracht ziehen und seinen Vortrag hierauf einstellen. Eine dem verfassungsrechtlichen Anspruch genügende Gewährleistung rechtlichen Gehörs setzt aber voraus, dass ein Verfahrensbeteiligter bei Anwendung der von ihm zu verlangenden Sorgfalt erkennen kann, auf welche Gesichtspunkte es für die Entscheidung ankommen kann. Erteilt das Gericht einen rechtlichen Hinweis in einer entscheidungserheblichen Frage, so darf es diese Frage im Urteil nicht abweichend von seiner geäußerten Rechtsauffassung entscheiden, ohne die Verfahrensbeteiligten zuvor auf die Änderung der rechtlichen Beurteilung hingewiesen und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben zu haben (vgl. BGH, Beschluss vom 4. Mai 2011 - XII ZR 86/10, NJW-RR 2011, 1009; BVerfG, NJW 1996, 3202, juris Rn. 22 f.).

6

b) Das angegriffene Urteil beruht auch auf diesem Gehörsverstoß. Es ist nicht auszuschließen, dass das Berufungsgericht seine Rechtsauffassung überdacht hätte, wenn die Beklagten Gelegenheit gehabt hätten, auf die - nun in der Nichtzulassungsbeschwerdebeurteilung vorgebrachten - gegen die Rechtsauffassung des Berufungsgerichts sprechenden Gesichtspunkte hinzuweisen.